



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039 890

P/VIII/136 - 15.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum Parteitag der CSU in Augsburg	S. 1
Die Lage in Frankreich	S. 3
Die Kriegsgefangenen Übergangen	S. 5
Victor Schiff gestorben	S. 6
Das Bild vom sozialen Rechtsstaat	S. 7

Indirekte Absage der CSU

F.B. Wenn es grobe politische Störenfriede auf dem CSU-Parteitag in Augsburg gegeben hat, dann waren es der Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, der im mäßig gefüllten Rosenau-Stadion eine Rede voller innerer Widersprüche hielt, und seine CSU-Abgesandten - Franz-Joseph Strauß bezeichnete sie bayerisch-drastischer als Zensor - Dr. von Brentano und der CSU-Generalsekretär Dr. Heck. Der Parteitag selbst aber hob sich wohltuend von der Hamburger Tagung der CDU durch Sachlichkeit, einen nüchternen Realismus und eine beachtliche Fairness gegenüber der Sozialdemokratie ab, was trotzdem nicht einen scharfen Bundestagswahlkampf zwischen den beiden großen tragenden Kräften dieses Landes ausschließt.

Es wäre falsch, würde man dafür allein die bestehende Koalition CSU-SPD in Bayern als Grund anführen. Bei aller zur Schau getragenen Übereinstimmung mit der Politik des Kanzlers wurden doch die Risse sichtbar, die sich in Kernfragen der Politik, so der Behandlung der Einheit Deutschlands, zwischen Bonn und München ergeben haben. Trotz mancher für die Öffentlichkeit bestimmter Deklamationen wurde die Grundlinie der künftigen CSU-Politik sichtbar: Warten wir die Wahl und ihre Ergebnisse ab. Stellt sich eine Neuorientierung als politische Notwendigkeit heraus, dann werden wir - die CSU - keinen Kampf gegen Windmühlenflügel führen, sondern der realen Situation Rechnung tragen.

Nur zu deutlich war die Ansprache Dr. von Brentanos gegen diese Sünde wider den Geist Adenauers gerichtet. Aber gerade das, was er forderte, nämlich die Fortsetzung der bisherigen Politik um jeden Preis, entspricht offenbar nicht den Wünschen der CSU, die dem Kanzler selbst den Trostpreis des "Packelns" mit der Bayernpartei versagte. Nach den Reden von Dr. Ehard und Franz-Joseph Strauß in Augsburg sollte der Plan eines Wahlbündnisses zwischen CSU und BP, der einzige Punkt, in dem der Kanzler ein bayerisches Interesse entwickelt hat, endgültig zu den Akten gelegt werden, was hier und da lokale Absprachen allerdings nicht ausschließt.

Die außenpolitische Rede, die der Kanzler hielt, ist zweckmäßigerweise nicht mehr zum CSU-Parteitag zu rechnen, ebenso wie sie das Prädikat "außenpolitisch" nicht verdient. Es ist geradezu grotesk, wenn Dr. Adenauer davon spricht, daß die Sowjets ihren neuen Kurs nur eingeschlagen haben, weil sie in letzter Minute die "europäische Einigung" und die Verträge verhindern wollen. Viel Widersinn steckt auch in der Behauptung des Kanzlers, daß seine Politik die Entspannung im Ost-West-Konflikt und die Erleichterung für die Menschen in der Sowjetzone zur Folge habe. Diese "Bescheidenheit" ist ebenso überwältigend wie die Fehlinterpretation der politischen Lage, die darin zum Ausdruck kommt, zumal wenige Sätze später die Ansätze für eine Viererkonferenz vom Bundeskanzler als taktisches Manöver ohne Bedeutung abgetan wurden.

Man kann Dr. Adenauer leider nicht daran hindern, derartige Reden zu halten. Bedenklich ist freilich, daß er diese Politik auch noch als deutsche Politik deklariert. Sein Appell an Erich Ollenhauer, als Deutscher nichts zu tun, was die deutschen Interessen schädigen könnte, ist eine Anmaßung.

Die Nervosität, die den Bundeskanzler zu immer größeren Fehlern hinreißt, weil er fühlt, daß seiner Politik der Boden entzogen wird, kann durch das vergangene Wochenende nur verstärkt worden sein. Zu der Erklärung der Evangelischen Kirche, die die Abmachungen zwischen der Sowjetzonenregierung und der Kirche als eine grundlegende Wendung bezeichnete, zu der RIAS-Rede von Bundesminister Kaiser, der sich in Widerspruch zu der Kanzlerthese setzte, daß Viererbesprechungen nur dann stattfinden dürfen, wenn die Erfolgsgarantien schriftlich gegeben werden, kommt nun auch die indirekte Absage durch den CSU-Parteitag hinzu. Für Adenauer sicherlich ein betrübliches Ergebnis, für die deutsche Position eine Entwicklung, die zu begrüßen ist.

Krise ohne Ende

G.S.-Paris, Mitte Juni

Aus einer Untersuchung, die eine große Pariser Tageszeitung führte, ging hervor, daß die meisten Befragten - Arbeiter, Angestellte, Beamte, Händler, usw. sich für die Vorgänge im Parlament nicht mehr interessieren. Stimmt das Ergebnis dieser Untersuchung mit den Tatsachen überein - und es kann kaum daran gezweifelt werden - so ist es eindeutig, daß wir es in Frankreich nicht mehr nur mit einer Parlamentskrise, sondern mit einer Krise des Regimes zu tun haben.

Die Ursachen sind oft dargelegt worden: Die Erbschaft des Krieges, der Krieg in Indochina, die ernste Finanzkrise, usw. Aber es ist nicht minder klar, daß die in der Verfassung von 1946 in aller Eile geschaffenen Institutionen den "Test" der Wirklichkeit nicht bestanden haben. Es hat sich erwiesen, daß das so raffiniert ausgeklügelte System, das einerseits demokratisch sein und andererseits den Regierungen eine gewisse Dauer garantieren wollte, zu den umgekehrten Ergebnissen geführt hat.

In der Tat ist das französische Regierungssystem absurd: Warum ist es erforderlich, daß ein vom Präsidenten der Republik bezeichneter Ministerpräsident die "verfassungsmäßige" Mehrheit, d.h. die ominösen 314 Stimmen (das Parlament zählt 627 Abgeordnete) erhalten muß, um eine Regierung bilden zu können, während nachher - wenn die wie durch ein Wunder gebildete Regierung einmal existiert - nur noch die relative Mehrheit erforderlich ist, um Gesetze durchzubringen, weittragende Beschlüsse zu fassen, auch wenn sich beispielsweise nur 260 Abgeordnete mit einem "Ja" verpflichten?

Diese so oft gestellte Frage ist seit dem Jahre 1946 noch nie zur Zufriedenheit beantwortet worden. Tatsache aber ist, daß dieses absurde System den verschiedenen Parteien breiten Spielraum für Intrigen aller Art läßt und Frankreich daran hindert, eine stabile Regierung zu haben. Es mehren sich die Stimmen in Frankreich, die eine vollständige Revision der Verfassung und ihre Angleichung an das britische System fordern. Es wäre in der Tat für Frankreich ideal, eine Regierung zu besitzen, die eine Garantie hätte, mehr als nur ein paar Wochen oder Monate dauern zu können. Wie soll eine vom besten Willen beseelte Regierung ein einigermaßen vernünftiges Programm auf irgend-

einem Gebiet aufstellen können, wenn sie ihre Tätigkeit in den Bewußtsein beginnt, daß ihr Ende bevorsteht oder daß sie jeden Tag gewärtigen muß, ins Gras zu beißen ?

Um aber die Verfassung revidieren zu können, ist eine Mehrheit im Parlament erforderlich: Und diese Mehrheit existiert nicht, weil in den verschiedensten Fraktionen (insbesondere in den konservativen), Männer und Kräfte wirksam sind, denen eine kurzlebige Regierung Voraussetzung für eine Tätigkeit ist, die nur auf der Grundlage eines unstabilen Regimes gedeihen kann. In Frankreich weiß jeder politisch Orientierte, daß die meisten Regierungen nicht wegen lebenswichtiger Fragen, sondern deshalb gestürzt wurden, weil die Zuckerrübenproduzenten und Schnapsbrenner "nicht ausreichende" Subventionen erhielten ...

Eine Verfassungsreform würde zwar einige Abhilfe schaffen, aber das Gesamtproblem nicht lösen. Es kommt hinzu, daß das Parlament darin einwilligen müßte, sich einiger "Prärogative" zu entäußern, die im Grunde genommen keine sind. Es ist unglaublich, wie zahlreiche Parlamentssitzungen darauf verschwendet werden, über rein administrative Fragen zu beraten und abzustimmen, die ohne Schaden für die "Demokratie" auf dem Verwaltungswege geregelt werden könnten. Aber das Parlament will sich in dieser Hinsicht nicht "vergewaltigen" lassen - das gleiche Parlament, das bisher sich nicht daran gestoßen hat, daß die zahlreichen Regierungen es nicht für nötig befanden, eine ernste Debatte über die für Frankreich wirklich lebenswichtigen Fragen stattfinden zu lassen.

Reform der Institutionen, gewiß: Sogar die Sozialisten, die mißtrauisch werden, wenn eine Regierung Vollmachten fordert, bewilligten sie Mendes-France, weil klar geworden ist, daß in Frankreich eine Regierung ohne ein Minimum an Vollmachten und Dauer nicht mehr arbeiten kann. Noch dringender ist eine Reform der Geister: Wenn einige französische Konservative mit Bewunderung auf das britische Unterhaus blicken, so wäre man versucht ihnen zu sagen. Auch ihr könntet das haben, wenn ihr euch entschließen würdet, einmal konservativ in einem Sinne zu sein, der diesen Begriff nicht auf die Vertretung meistens unwürdiger Interessen beschränkt. Doch besteht nur geringe Aussicht, daß eine derartige Wandlung der Geister erfolgt ...

Kein Geld für Kriegsgefangenen-Entscheidung

(sp) In diesen Wochen wird sich entscheiden, ob der deutsche Bundestag entsprechend seinen wiederholt aufgestellten Forderungen noch das Gesetz über die Entschädigung der ehemaligen Kriegsgefangenen beschließen wird. SPD, FDP, FU und DP haben in der ersten Lesung der beiden vorliegenden Initiativentwürfe ihren Willen zu diesem Beschluß eindeutig und ohne Vorbehalt erklärt. Die Bundesregierung hat immer noch keinen eigenen Entwurf vorgelegt. Die Begründung, die Arbeitsminister Storch dafür im Bundestag gab, war ein kaum verhohlenen Eingeständnis des Desinteresses an dieser Frage.

CDU/CSU scheinen gewillt, ihre Haltung der Regierung anzupassen. Ob man die CDU-Abgeordnete Frau Dr. Probst in Begründung ihrer undurchführbaren Änderungsvorschläge zum Heimkehrergesetz an den Kern des Problems vorbeiging, oder der CDU-Abgeordnete Müller-Hermann nach einigen unverbindlichen pathetischen Versicherungen die haushaltspolitische Seite der Entschädigungsfrage in den Vordergrund stellte, in beiden Fällen zeigte sich die CDU/CSU wenig entschlossen, in dieser Frage die Pflichten unseres Staates gegenüber den ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten zu erfüllen. Die Partei des Bundeskanzlers zieht es nun einmal vor, solche Fragen vorwiegend deklamatorisch auf Parteivoranstaltungen zu behandeln, statt darauf zu bestehen, daß die Regierung ihre Sozial-, Haushalts- und Steuerpolitik nach der wirklichen Rangfolge der in der Bundesrepublik zu lösenden Probleme reformiert. Auf der anderen Seite ist es verständlich, wenn es der Unternehmerpartei CDU/CSU näher lag, bei der sogenannten kleinen Steuerreform die höheren Einkommen zu begünstigen, als auch an die Deckung der überfälligen Entschädigung der deutschen Kriegsgefangenen rechtzeitig zu denken.

Es war auch beschämend, im Bundestag und in einem Rundfunkgespräch des NWDR hören zu müssen, daß ein CDU-Abgeordneter aus der Generation der Heimkehrer des letzten Krieges die Unterstellung wagte, die für die Entschädigung eintretenden Parteien wollten diese Frage zu einem "Wahlschlager" machen. Die Protokolle des Bundestages, in denen die nicht erst im Jahre 1951 und 1952 erhobene Forderung nach einer Entschädigung enthalten sind, sind ein eindeutiger Beweis dafür, wer das Problem agitatorisch behandelt, nämlich die Regierung. Denn indem sie Forderungen des Parlaments nicht erfüllte, blieb den Fraktionen keine andere Wahl, eigene Initiativentwürfe vorzulegen. Die SPD wird darauf bestehen,

daß das Entschädigungsgesetz noch von diesem Bundestag verabschiedet wird. Würde dieser Bundestag das Gesetz nicht mehr beschließen, so käme das angesichts der zeitraubenden Vorarbeiten für die praktische Durchführung einer unabsehbaren Hinausschiebung der Entschädigungszahlungen gleich. Es gibt kein haushaltspolitisches Argument und auch keinen in der "Zeitnot" des Bundestages liegenden Grund, wonit eine solche Entwicklung gerechtfertigt werden könnte.

Der Kanzler trug seinen Namen in das Ehrenbuch der Kriegsgefangenen-Ausstellung in Bad Godesberg mit dem Bekenntnis ein: "Ein erschütterndes Erlebnis". War es das für ihn, muß es sich zuerst im praktischen Verhalten seiner Regierung erweisen.

+ + +
V i c t o r S c h i f f

G.G. Mit Victor Schiff, der im Alter von 60 Jahren als römischer Korrespondent der Londoner sozialistischen Tageszeitung "Daily Herald" gestorben ist, verliert der deutsche und europäische Journalismus einen seiner markantesten Vertreter.

Jahrzehnte hindurch war Victor Schiff, der schon als 25jähriger der deutschen Friedensdelegation in Versailles angehört hatte, außenpolitischer Redakteur und Berichterstatter des Berliner "Vorwärts"; seit 1928 war er zugleich für den Londoner "Daily Herald" als Berliner Korrespondent tätig; 1933 zur Emigration gezwungen, nachdem er schon im Jahre vorher unter der Regierung Papen verhaftet worden war, bogab er sich nach London, von wo er als Berichterstatter des "Daily Herald" nach Paris entsandt wurde; 1936 ging er von dort nach Spanien, um auf republikanischer Seite über den Bürgerkrieg zu berichten; ein Jahr später kehrte er nach Paris zurück, von wo er 1940 nach England flüchten mußte. In den folgenden Jahren war er in der Londoner Redaktion des "Daily Herald" tätig und stellte sein Wissen und seine vielseitigen persönlichen Beziehungen der politischen Arbeit der deutschen sozialdemokratischen Emigration zur Verfügung, deren Kampf gegen den "Vansittartismus" er temperamentvoll unterstützte. Nach Kriegsende wurde er vom "Daily Herald" nach Rom entsandt, und von hier aus hat er bis zu seinem unerwartet frühen Tode auch für eine Reihe deutscher Zeitungen und für den "Sozialdemokratischen Pressedienst" als Italien-Korrespondent gearbeitet.

Als Politiker war Victor Schiff von wahrhaft europäischer Gesinnung, die ihn - im Gegensatz zu gewissen heutigen "Neu-Europäern" - den Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen den Völkern umso entschiedener vertreten ließ und ihn nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg zum Kritiker jeder Politik machte, die das deutsche Volk einseitig entrechtet will. Als Journalist zeichnete er sich durch umfassendes Wissen, rasche Beobachtungsgabe und ein Temperament aus, das jedem seiner Berichte und Artikel eine persönliche und entschiedene Note gab. Victor Schiff war ein Demokrat und Sozialist der Einsicht und des Herzens, ein liebenswerter und aufrichtiger Mensch, der sich um seine Pader immer in den Dienst der Ideen gestellt hat, an die er glaubte und für deren Verwirklichung er um einer besseren Zukunft Europas und der Menschheit willen arbeiten wollte.

+ + +

Das Bild vom sozialen RechtsstaatWortlaut eines Entwurfes der SPD

Der Rechtspolitische Ausschuß beim Vorstand der SPD und der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen haben dem Parteivorstand vorgeschlagen, das Aktionsprogramm der SPD um den nachfolgenden Abschnitt zu ergänzen:

Recht und Rechtspflege

Demokratischer Sozialismus ist nicht denkbar ohne den Schutz der Freiheit des Einzelnen und seiner sozialen Existenz gegen private und staatliche Willkür. Deshalb bejaht die SPD den Rechtsstaat und die Unabhängigkeit der Richter.

Die Rechtsprechung soll der Verwirklichung der demokratischen und sozialen Gerechtigkeit dienen. Der Unabhängigkeit des Richters muß daher seine demokratische Verantwortlichkeit entsprechen. Auch die rechtssprechende Gewalt geht vom Volke aus, das durch sein Parlament oder durch die parlamentarisch verantwortliche Regierung Herr der Richterauswahl bleiben muß.

Die gesamte Rechtsordnung muß den Erfordernissen der modernen sozialen Demokratie angepaßt werden. Die SPD wird namentlich für übersichtliche Gesetze und für eine lebensnahe, jedermann verständliche Gesetzessprache eintreten.

Gleichberechtigung und Schutz der Familie

Der durch das Grundgesetz geschaffenen Gleichberechtigung von Mann und Frau sind in kürzester Zeit alle übrigen Gesetze, auch die Steuer- und Sozialgesetze, anzupassen.

Ehe und Familie sind die Grundlagen der Gesellschaft. Sie bedürfen eines besonderen rechtlichen Schutzes, zu dem auch die Neufassung des ehelichen Güterrechts beitragen muß. Auch im Erbrecht sind die Interessen der nahen Familienangehörigen besser zu wahren. Für Entscheidungen über das Schicksal von Kindern aus geschiedenen Ehen darf allein das Wohl der Kinder maßgebend sein.

Den unehelichen Kindern sind alsbald durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen, wie den ehelichen Kindern.

Modernes Strafrecht

Die seit Jahrzehnten geforderte Strafrechtsreform ist endlich durchzuführen. Sie muß davon ausgehen, daß das Strafrecht dem Schutze der elementaren Werte des Gemeinschaftslebens überhaupt und insbesondere dem Schutze der demokratisch-sozialen Ordnung zu dienen hat. Andererseits muß die Reform die sozialen, pädagogischen und naturwissenschaftlichen Kenntnisse unserer Zeit verwerten.

In der gesamten Strafrechtspflege ist zu unterscheiden zwischen dem Gelegenheitstäter, dem das Strafverfahren eine Warnung sein soll, dem angehenden Gewohnheitstäter, der durch zweckmäßige Maßnahmen gemeinschaftsfähig zu machen ist, und dem gefährlichen Täter, vor dem

die Gesellschaft wirksam geschützt werden muß. Die Todesstrafe und unmenschliche Methoden der Verbrechenbekämpfung werden abgelehnt.

Bei weitgehender Entlastung der Strafrechtspflege von dem Ballast geringfügiger Gesetzesverstöße soll das Strafverfahren den Rechtsschutz des Beschuldigten gewährleisten, aber auch dem Strafrichter die Möglichkeit geben, über die bloße Gesetzesanwendung hinaus Aufgaben der Fürsorge und Sicherung zu erfüllen.

Die Reform des Strafvollzuges und eine moderne Umgestaltung des Gnadenrechts sind sozialethisch und kriminalpolitisch notwendig.

Justizreform

Durch eine umfassende Justizreform müssen Verfassung und Verfahren der Gerichte, die noch aus den Zeiten des Obrigkeitsstaates stammen, den Bedürfnissen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates angepaßt werden.

Notwendig sind vor allem Richter und Staatsanwälte, die nicht nur durch juristische Befähigung, sondern auch durch Lebenserfahrung, soziales Verständnis und eindeutig demokratische Gesinnung sich das Vertrauen aller Volksschichten zu gewinnen wissen. Dies erfordert eine grundlegende Reform der juristischen Ausbildung. Insbesondere ist der rechtswissenschaftliche Unterricht durch das Studium der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge weiter auszubauen. Daneben muß dafür gesorgt werden, daß der Richterberuf qualifizierten Persönlichkeiten auch einen materiellen Anreiz bietet.

In allen dazu geeigneten Zweigen der Rechtsprechung sind Männer und Frauen aus allen Berufen als ehrenamtliche Richter zu beteiligen.

Der Gerichtsaufbau ist zu vereinfachen. Die Einrichtung der Friedensgerichte ist weiter zu erproben. Das Gerichtsverfahren ist übersichtlich zu gestalten und zu beschleunigen; insbesondere ist die Zusammenfassung aller Familien- und Jugendsachen in einer Hand anzustreben. Die Entscheidungen sind allgemeinverständlich zu fassen.

Alle nicht im eigentlichen Sinne richterlichen Funktionen sind auf andere Organe, insbesondere Rechtspfleger, zu übertragen, damit die Richter für ihre wesenseigenen Aufgaben frei werden.

+ + +